

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen),
Claudia Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/29286 –**

**Orte des Zusammenhaltes – Ein Energieschub für mehr Gemeinwohl nach der
Krise**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich dafür einzusetzen, dass während und vor allem nach der Corona-Pandemie Orte des Zusammenhaltes gestärkt werden. Es gehe darum zu kitteln, was kulturell, sozial und gesellschaftlich Risse bekommen habe, damit die Widerstandsfähigkeit gegenüber zukünftigen Krisen und das Gemeinwohl gestärkt würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29286 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Emmi Zeulner
Berichterstatterin

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatterin

Caren Lay
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Emmi Zeulner, Bernhard Daldrup, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Caren Lay und Daniela Wagner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/29286** wurde in der 228. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2021 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag enthält im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern solle, in der akuten Krise eine große Zahl von Maßnahmen zu ergreifen, darunter unter anderem gemeinwohlorientierte kulturelle, soziale und politische Räume zu unterstützen, Handlungsspielräume von Kommunen zur Gestaltung von Kommunalpolitik zu erhalten bzw. zu schaffen, die Arbeitsfähigkeit und Zugänglichkeit von sozialen Diensten durch eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung zu sichern, Kleingewerbe, soziale und kulturelle Einrichtungen durch ein neues Gewerbemietrecht besser zu schützen, Orte des Zusammenhaltes zu stärken, funktionierende Innenstädte und Ortskerne als öffentliches Gut zu begreifen, die Schaffung und Stärkung gemeinwohlorientierter Orte als Querschnittsaufgabe in Programmen der Stadt- und Dorfentwicklung zu definieren und über bestehende und neue Förderprogramme förderfähig zu machen, Erreichbarkeit und Mobilität zu den Orten der Begegnung zu gewährleisten, einen Städtebau-Notfallfonds aufzulegen, mit dem Kommunen Liegenschaften im Ortskern für soziale und kulturelle Nutzungen oder Bildungsangebote erwerben und reaktivieren können, im Rahmen einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ Regionalbudgets einzuführen, einen Bundesbodenfonds aus der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und Teilen des Bundeseisenbahnvermögens zu errichten, der Liegenschaften nur noch an gemeinnützige sowie kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften oder am Gemeinwohl orientierte Träger zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vergeben solle sowie bei der Vergabe von Bundesfördermitteln im Bereich Kunst und Kultur verstärkt darauf zu achten, dass die Fördergelder nicht allein in den Ballungsräumen landeten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29286 empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 131. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29286 empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 101. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29286 empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29286 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat den Antrag auf Drucksache 19/29286 in seiner 80. Sitzung am 9. Juni 2021 ohne Debatte abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29286.

Berlin, den 9. Juni 2021

Emmi Zeulner
Berichterstatterin

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatterin

Caren Lay
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin